
1539/J XXII. GP

Eingelangt am 26.02.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Ulli Sima
und GenossInnen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft
betreffend ReaktorUNSicherheit deutscher Atomkraftwerke und Reaktion der
österreichischen Bundesregierung auf das enorme Bedrohungspotential für die
österreichische Bevölkerung

Seit dem Anschlag auf das World Trade Center im September 2001 wird über die Gefährdung von Atomkraftwerken durch beabsichtigte Flugzeugabstürze heftig diskutiert. Innerhalb der EU und den Beitrittskandidatenländern sind kurz nach dem 11. September 2001 unterschiedliche Maßnahmen ergriffen worden, die jedoch nur auf den verbesserten Schutz von Kernanlagen mittels polizeilicher und militärischer Maßnahmen abgestimmt waren.

Im Fall eines terroristisch motivierten Angriffs auf ein Atomkraftwerk kann - sofern die entsprechende Anlage nicht durch die Ausführung des Containments und das Arrangement von Hilfsanlagenteilen ausreichend geschützt ist - mit bedeutenden Freisetzungen von radioaktiven Stoffen in die Umwelt gerechnet werden. Die Gefährdung, die sich aufgrund der Vielzahl von Atomkraftwerken im näheren und fernerem Abstand zur österreichischen Grenze für die österreichische Bevölkerung ergeben könnte, hat daher auf unterschiedlichen politischen Ebenen diskutiert und es müssen Initiativen im bilateralen aber auch europäischen Kontext gesetzt werden.

Seit Ende 2002 liegt in Deutschland eine bis vor kurzem nicht veröffentlichte Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) vor, die nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellt wurde. Anfang Februar wurde sie in Auszügen bekannt, dabei schneiden 6 AKWs besonders schlecht ab, Bedenken werden auch über weitere Kraftwerke geäußert. Die Anlagen Obrigheim, Biblis A, Stade, Brunsbüttel, Isar 1 (es liegt nur 70 km von Österreich entfernt) und Phillipsburg 1 verfügen demnach über keine explizite Auslegung im Falle eines Flugzeugabsturzes. Aufgrund mangelnden Schutzes vor terroristischen Angriffen mit Passagierflugzeugen hat das Bundesamt für Strahlenschutz deshalb am 22. Februar 2004 gefordert, die genannten AKWs (Stade wurde bereits 2003 geschlossen) vorzeitig abzuschalten. Unter den 18 noch in Betrieb befindlichen AKWs in Deutschland böten die genannten Anlagen „die größte Unsicherheit“, wenn man gezielte Angriffe mit Passagiermaschinen annehme.

Von Seiten der österreichischen Bundesregierung sind seit Publikwerden der Existenz dieses Geheimdokumentes (siehe dazu „news“ Nr 50/03 vom 11. 12. 03) und auch nach der jetzigen Forderung des Bundesamts für Strahlenschutz nach Abschaltung von 5 deutschen AKWs keinerlei Reaktionen bekannt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen sind Ihnen bekannt, die nachfolgend dem Angriff auf das World Trade Center in den Staaten der Europäischen Union, den Beitrittskandidatenländern aber auch in der Schweiz als Schutzmaßnahme gegen Terrorangriffe gegen Atomkraftwerke bzw. Anlagen des Kernbrennstoffzyklus ergriffen wurden und auch heute noch in vollem Umfang in Kraft sind? (Bitte um tabellarische Darstellung nach Ländern, Art der Maßnahme, Bedeutung nach Effektivität)
2. Wie beurteilen Sie die ergriffenen Maßnahmen? Inwieweit erachten Sie die entsprechend ergriffenen Maßnahmen als ausreichend und adäquat?
3. Welche zusätzlichen Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach erforderlich, sodass ein ausreichender Schutz der Atomkraftwerke gegen absichtlich herbeigeführte Flugzeugabstürze gegeben ist?
4. In welchen Fällen unzureichenden Schutzes erachten Sie die Abschaltung von Atomkraftwerken als zweckmäßige Maßnahme?
5. Für welche Typen von Anlagen wäre dies in Geltung zu bringen?
6. Welche Folgen für die österreichische Bevölkerung und die Umwelt wären anzunehmen, sollte einer der im Umkreis von 200 km zur österreichischen Staatsgrenze befindlichen Anlagen derartig beschädigt werden und eine Freisetzung von Radioaktivität erfolgen?
7. Liegen Ihnen Informationen aus diesen Ländern vor, welche die Auslegung von Atomkraftwerken und Anlagen des Kernbrennstoffzyklus im Zusammenhang mit Angriffen mittels Verkehrsmaschinen zum Inhalt haben?
8. Um welche Informationen handelt es sich hierbei und wann wurden diese erstellt?
9. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus den obig angefragten Informationen?
10. Sind Ihnen Informationen bekannt, denen zufolge Atomkraftwerke in Deutschland nicht ausreichend gegen Terrorangriffe mittels Verkehrsflugzeugen geschützt sind?
11. Um welche Atomkraftwerke handelt es sich hierbei und wie bewerten Sie die Gefährdung Österreichs im Falle eines Angriffes auf eine dieser Anlagen?
12. Ist Ihnen bekannt, dass der Anflugkorridor für den neuen Münchner Flughafen über das bayrische Atomkraftwerk Isar führt?
13. Welche politischen und diplomatischen Schritte hat die Bundesregierung gegenüber der Deutschen Bundesregierung ergriffen, um auf die dringlich erforderliche Verbesserung des Schutzes von Kernanlagen gegen Terrorangriffe zu drängen?

14. Welche politischen und diplomatischen Schritte beabsichtigen Sie gegenüber Deutschland in näherer Zukunft zu setzen, um auf den zu verbesserenden Schutz von Kernanlagen in Deutschland hinzuweisen?
15. Welche Ressortminister befassen sich mit dieser Frage?
16. Hat bzw. wird die Bundesregierung die Abschaltung von jenen Atomkraftwerken in Deutschland verlangen, die nicht ausreichend gegen Terrorangriffe mittels Verkehrsflugzeugen geschützt sind?
17. Falls nein, warum nicht?
18. Haben Sie in den Gremien der Europäischen Union die Problematik des ungenügenden Schutzes von Atomkraftwerken gegen Terrorangriffe mittels Verkehrsflugzeugen zur Sprache gebracht?
19. Falls ja, wann und mit welchem Resultat?
20. Falls nein, warum nicht?
21. Kennen Sie die oben genannte Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit" (GRS)?
22. Falls nein, haben Sie diese von Ihrem deutschen Amtskollegen bereits eingefordert?
23. Falls nein, warum nicht?
24. Falls ja, seit wann liegt Sie Ihnen vor?
25. Wie werden Sie auf das nun bekannt gewordene Bedrohungspotential durch das deutsche AKW Isar I reagieren?
26. Werden Sie die Schließung des 26 Jahre alten AKWs fordern?
27. Werden Sie in allen anderen EU-Mitgliedstaaten (inklusive neuer Mitglieder) die Überprüfung der Reaktorsicherheit im Hinblick auf eine terroristische Attacke mit einem Passagierflugzeug einfordern?
28. Falls nein, warum nicht?